



Getty Images; Emma McKoy/die posaune

Stellt die AfD eine Gefahr für die deutschen Militärpläne dar?

- Josue Michels
- [31.07.2026](#)

Die deutsche Bundesregierung plant heimlich, die Bundesländer daran zu hindern, sich in ihre Kriegsvorbereitungen einzumischen, wie eine gemeinsame Recherche des Telegraph und der Welt gestern enthüllte.

- Bundeskanzler Friedrich Merz befürchtet angeblich, dass ein Wahlsieg der Alternative für Deutschland (AfD) im September in zwei ostdeutschen Bundesländern die militärischen Pläne seiner Partei zur Abwehr einer russischen Invasion behindern könnte.

Eine pro-russische Regierung unter Führung der AfD könnte administrative Maßnahmen ergreifen, um Truppen- und Materialbewegungen zu behindern, den Einsatz von Polizeikräften auf Landesebene zu verzögern und den Militärfahrzeugen auf kommunalen Straßen keine Vorfahrt zu gewähren.

Um ein solches Szenario zu verhindern, entwickelt die Regierung unter Merz einen Krisenmechanismus, der die Entscheidungsbefugnisse der Landesregierungen außer Kraft setzt. Tobias Krull, der stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses des Landtags von Sachsen-Anhalt, erklärte:

Es gibt Überlegungen dazu, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Landesregierung im Falle einer AfD-Einparteienregierung zu umgehen.

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius erklärte am 5. Juli gegenüber der Bild am Sonntag, er prüfe derzeit Möglichkeiten, um zu verhindern, dass AfD-Politiker Zugang zu geheimen Dokumenten erhalten.

Zwar arbeitet Deutschland seit langem mit Russland zusammen, doch sind sich viele Politiker und Industrielle bewusst, dass es zu einem drastischen Bruch in diesen Beziehungen kommen wird. Die AfD scheint auch in den kommenden Jahren auf gute Beziehungen zu Russland zu setzen.

Die dringenden militärischen Vorbereitungen Deutschlands geben Anlass zur Sorge. Wie Posaune >Chefredakteur Gerald Flurry erklärt, offenbaren biblische Prophezeiungen, dass Deutschland [sich](#) auf den Dritten Weltkrieg vorbereitet. Sie wird weder der AfD noch irgendjemand anderem gestatten, sich dem in den Weg zu stellen.